

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 7/2019



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auch dieser Herbst ist im politischen Berlin wieder gekennzeichnet durch eine Vielzahl parlamentarischer Verfahren. Wir haben den Wählerinnen und Wählern versprochen, nicht nur zu reden, sondern auch greifbare Kompromisse zu erreichen und diese umzusetzen. In diesem Newsletter finden Sie daher eine kleine Auswahl an Gesetzgebungsvorhaben, die wir diese Woche im Plenum des Deutschen Bundestags diskutiert haben.

Des Weiteren haben wir in den vergangenen Wochen gleich mehrfach der friedlichen Revolution und der großen Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 gedacht. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben dieses Jubiläum zum Anlass genommen, eine Sondersitzung in Leipzig abzuhalten und den Leipziger Aufruf zu verabschieden. Den zentralen Aspekten dieses Aufrufs und meiner ganz persönlichen Bewertung der friedlichen Revolution ist untenstehend ein gesonderter Abschnitt gewidmet.

Vergangene Woche war ich anlässlich der Jahrestagung von Weltbank und IWF zu politischen Gesprächen in Washington und habe mich nochmals überzeugen können, dass aller Konfliktfelder zum Trotz die Kooperation mit der größten Volkswirtschaft der Welt für uns nach wie vor von zentraler Bedeutung ist. Einige Stationen meiner Reise habe ich daher im Besonderen in den Blick genommen.

„Die Olympischen Spiele 2032 sollen in der Rhein-Ruhr-Region stattfinden“, so titelten nicht nur viele Zeitungen in den letzten Tagen, sondern es ist auch erklärter Wille vieler Repräsentanten unserer Region. Auch ich verfolge die Debatte darum mit großer Aufmerksamkeit. Untenstehend habe ich einige Aspekte aufgelistet, die meiner Auffassung nach für eine mögliche Bewerbung Voraussetzung sind. Ich freue mich insoweit aber auch über Ihre Meinung. Was denken Sie über mögliche Olympische Spiele in unserer Region? Der Austausch mit Ihnen ist mir wichtig und ich freue mich über Ihre Rückmeldung.

Viel Freude bei der Lektüre und herzliche Grüße aus Berlin

Ihr
Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

30. JAHRESTAG DER MONTAGSDEMONSTRATION VON LEIPZIG

Vorvergangene Woche jährte sich zum 30. Mal die große Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989. Was für uns heute eine Selbstverständlichkeit darstellt, war damals ein geradezu heroischer Akt: Öffentlich die eigene Meinung kundzutun und mit anderen für die eigene politische Überzeugung einzutreten.

Wir dürfen nicht unterschätzen, welche gravierenden Repressalien das Regime der DDR in Aussicht stellen und auch umsetzen konnte. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen mussten Dauerüberwachung, Alltagseinschränkungen und sogar Haftstrafen befürchten. Ich hatte insoweit Gelegenheit, mich mit einer regelmäßigen Teilnehmerin der Montagsdemonstration auszutauschen. Diese schilderte mir, dass sie nach den Demonstrationen alle befreundeten Mitstreiterinnen und Mitstreiter anrufen musste, um sicherzugehen, dass niemand verhaftet worden ist. Dass dennoch Tausende in Kenntnis dieser möglichen Folgen für das demokratische Unrecht der Meinungsfreiheit auf die Straße gingen, verlangt mir größten Respekt ab.

Um dieser Anerkennung Ausdruck zu verleihen, haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche eine außerordentliche Fraktionssitzung in Leipzig abgehalten. Dort haben wir den sogenannten Leipziger Aufruf verabschiedet. Dieser blickt einerseits zurück und hebt die herausragende Leistung der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hervor. Erst das damalige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger hat zur Einheit Deutschlands und Freiheit ganz Europas geführt. Der Aufruf blickt andererseits aber auch nach vorne und fordert die Errichtung eines Einheitsdenkmals in Berlin und eines Freiheitsdenkmals in Leipzig, damit diese bedeutende Leistung in der deutschen Geschichte auch ihre Anerkennung findet. Diese Orte sollen gleichsam als Mahnmal daran erinnern, dass Werte wie Freiheit und Pluralität keine Selbstverständlichkeit sind, sondern jeden Tag aufs Neue gewürdigt und gelebt werden müssen.

USA DELEGATIONSREISE

Als Mitglied des Finanzausschusses war ich vergangene Woche mit einer Delegation von Bundestag und Bundesrat für einige Tage in Washington. Anlass der Reise war die Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Deutschland ist einer der Hauptgeldgeber der beiden Institutionen, die nicht nur



TERMINE

28.10.2019 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde Wermelskirchen, Rathaus
Raum 1.32

29.10.2019

Verleihung des Ehrenrings des Rheinlandes,
Köln

08.11.2019 18:00 Uhr

Dankeschön-Fest der Odenthaler Ehrenamts-
börse, Schulzentrum Odenthal

19.11.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Rösrath, Rathaus Bürger-
meisterbüro

für die Überwachung der Finanz- und Wirtschaftsaktivitäten Beachtliches leisten, sondern gerade auch für die Wahrung der Finanzstabilität und für die internationale entwicklungspolitische Zusammenarbeit bedeutsam sind.

Die Delegationsreise bot mir darüber hinaus vielfältige Einblicke. Die Gespräche im US Department of Treasury, dem amerikanischen Finanzministerium, und bei der FED, der amerikanischen Zentralbank, haben Gemeinsamkeiten, aber auch grundlegende Unterschiede zwischen den USA und Deutschland offenbart. Sowohl im Selbstverständnis der Verwaltung, als auch in der Art und Weise, wie einerseits unmittelbar und pragmatisch steuerpolitische Vorgaben umgesetzt werden und andererseits sehr konsequent die Unabhängigkeit der Geldpolitik gegen fiskal- oder wirtschaftspolitische Vorgaben der Regierung verteidigt werden.

Überraschend klar waren auch die Aussagen der SEC, einer Art Verbraucher- und Börsenüberwachungsbehörde, hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, für Transparenz des Marktes zu sorgen und Verstöße zu ahnden. Interessant auch die Veränderungen, die die fortschreitende Digitalisierung nach Einschätzung der SEC für die Finanzmärkte und ihre Aufsicht hat und haben wird (Blockchain-Technologie, Kryptowährungen, Insiderhandel, etc.).

Darüber hinaus habe ich die Reise aber auch genutzt, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den USA genauer in den Blick zu nehmen. Gegenstand der Diskussionen etwa in der amerikanischen Vertretung der deutschen Industrie- und Handelskammer waren natürlich vor allem die zahlreichen Handelsstreitigkeiten, die Auswirkungen der Konflikte in Syrien, mit China und auch des Brexit auf die Weltwirtschaft. Auch die amerikanische Wahl in gut einem Jahr wirft bereits ihre Schatten voraus. Hierzu habe ich an Gesprächen mit dem außenpolitischen Berater von Vizepräsident a.D. Joe Biden, der derzeit als aussichtsreicher Kandidat der Demokraten gilt, sowie mit den Repräsentanten der politischen Stiftungen in Washington teilnehmen können.

Mir hat diese Reise nochmals deutlich gemacht, wie wichtig die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sind- und wie selbstbezogenes und zugleich unberechenbares Verhalten einer Regierung zur allgemeinen Verunsicherung und zu erheblichen außen- und handelspolitischen Konflikten führen kann. Jedenfalls stellt derartiges Verhalten die handelnden Personen vor neue Herausforderungen. Auch ein - vorsichtig formuliert - befremdlicher Kommunikations- und Führungsstil und abweichende Meinungen sollten uns nicht daran hindern, uns fortgesetzt für gute Handelsbeziehungen und eine offene Weltwirtschaft einzusetzen. Vor allem aber geht es darum, den traditionell wertschätzenden und freundschaftlichen Umgang mit Menschen in Deutschland und den USA weiter zu pflegen und sich für die gemeinsamen Wertvorstellungen einzusetzen. Gegenseitige Besuche, Schüler- und studentische Austauschprogramme oder Initiativen wie

„Wunderbar Together – Germany and the U.S.“ des Auswärtigen Amtes zum Deutschlandjahr leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

DIESE WOCHE IM PARLAMENT

Nachstehend finden Sie einige Themenschwerpunkte, mit denen wir uns diese Woche im Parlament befasst haben. Daran sehen Sie, dass wir nicht nur versprechen, sondern das Versprochene auch tatsächlich umsetzen:

Bahnfahren und Luftverkehrssteuer

Unser gemeinsames Ziel ist es, dass mehr Menschen klimaschonend reisen und gleichzeitig dennoch keine Abstriche bei der Mobilität erdulden müssen. Dafür vergünstigen wir das Bahnfahren nachhaltig, indem wir den derzeit geltenden Mehrwertsteuersatz von Fernverkehrsfahrten von 19 % auf 7 % senken. Gleichzeitig erhöhen wir die Luftverkehrssteuer. So sollen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf auf Flugtickets zum Beispiel für Mittelstreckenflüge (Ziele außerhalb Europas bis 6000 km) zukünftig rund 33 Euro statt 23 Euro gezahlt werden.

Solidaritätszuschlag

Ausweislich des nunmehr vorliegenden Gesetzentwurfes, den wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, wird mit dem Abbau des Solidaritätszuschlags ab 2021 begonnen werden. Wie bereits im letzten Newsletter umrissen, sollen hierfür folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Durch die vorgesehene Regelung werden ca. 90 % der Soli-Zahler vollständig entlastet. Darüber hinaus werden weitere 6,5 % der Steuerzahler weniger Soli zahlen müssen. Die einkommensstärksten 3,5% der Bevölkerung und Kapitalgesellschaften werden danach (noch) nicht entlastet. Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich mit diesem Vorschlag, auch wenn er weitestgehend mit der Vereinbarung im Koalitionsvertrag entspricht, nicht zufrieden bin. Ich habe mich für einen vollständigen oder zumindest für alle Steuerzahler gleichzeitigen schrittweisen Abbau ausgesprochen – auch weil ich bei der vorgeschlagenen Regelung verfassungsrechtliche Bedenken habe. Eine andere als die hier nun zu entscheidende Lösung war mit dem Koalitionspartner aber nicht möglich. Wichtig war der CDU/CSU, dass der Einstieg in den Abbau des Solis gelingt. Wir werden weiter daran arbeiten, dass auch der zunächst verbleibende Solidaritätszuschlag komplett abgebaut wird. Dieser Abbau stellt das größte Entlastungsprojekt für die arbeitende Mitte dieser Legislatur dar. Zu Recht haben wir als Union immer wieder darauf gedrängt, diese Entlastung durchzusetzen. 30 Jahre nach dem Mauerfall haben wir gemeinsam in und für die ostdeutschen Länder viel erreicht. Die DDR hatte ganze Landstriche und Städte abgewirtschaftet, der Wiederaufbau nach der Deutschen Einheit wäre ohne den Soli so nicht möglich gewesen. Klar ist aber auch, wir als Union hätten und haben uns mehr gewünscht.

Anti-IS-Einsatz

Wir haben diese Woche in namentlicher Abstimmung mehrheitlich entschieden, das Mandat zur Stabilisierung der Lage im Irak, sowie zur Verhinderung des Wiedererstarkens des IS bis zum 31. Oktober 2020 zu verlängern. Im Vergleich zur bisherigen Mandatierung ist nunmehr lediglich eine Personalobergrenze von 700 Soldaten vorgesehen. Zwar ist im bisherigen Mandats-Zeitraum schon Wesentliches erreicht worden, indem die territoriale Kontrolle des IS abgebaut werden konnte. Gleichwohl ist eine Fortsetzung des Einsatzes angesichts der Konsolidierung des IS weiterhin geboten. Der deutsche Beitrag umfasst insoweit die Ausbildung der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte sowie bis Ende März 2020 Aufklärungsflüge und Luftbetankungen.

“Die Jugend wäre eine schönere Zeit, wenn sie erst später im Leben käme.”

– Charlie Chaplin

Paketboten-Schutz-Gesetz

Wir haben diese Woche auch entschieden, die Regelungen der Nachunternehmerhaftung für Sozialabgaben auf die Branche der Kurierdienste, Express- und Paketzusteller (KEP-Branche) auszuweiten. Damit werden zukünftig auch

Hauptunternehmer, die zur Paketbeförderung ein Subunternehmen beauftragen, für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge haften, sofern sie nicht als Generalunternehmer nach Vorlage einer Unbedenklichkeitsbescheinigung, die von der Krankenkasse bzw. der Berufsgenossenschaft für den Nachunternehmer ausgestellt wird, von der Nachunternehmerhaftung befreit werden. Diese Regelung wird bis zum 31. Dezember 2025 befristet. Bereits zum 31. Dezember 2023 ist eine Evaluierung des Gesetzes vorgesehen. Mit diesem Gesetzesvorhaben hoffen wir, dem derzeit teilweise auftretenden Missbrauch entgegenwirken zu können.

OLYMPISCHE SPIELE 2032

Sicherlich haben auch Sie bereits von der Idee gehört, die Olympischen Spiele 2032 in der Rhein-Ruhr-Region stattfinden zu lassen. Olympische Spiele sind immer ein ganz besonderes Ereignis und gerade in Deutschland von historischer Bedeutung. Olympische Spiele können zudem große Entwicklungen entfalten und als Motor für ganze Regionen dienen.

Für eine gelingende Bewerbung sind meiner Auffassung nach gleich mehrerlei Hürden zu nehmen. Erstens bedarf es eines parteiübergreifenden politischen Konsenses, die Olympischen Spiele gemeinsam auszutragen. Zweitens ist eine klare Regelung für eine Kostenaufteilung, die auch eine maßgebliche Beteiligung des Bundes beinhalten muss, notwendig. Drittens – und das ist am wichtigsten – müssen auch die Bürgerinnen und Bürger in der Region von der Idee überzeugt werden.

Die potentiellen Wettkampfstätten sollen nach dem vorliegenden Konzept auf 14 Kommunen verteilt werden. Ministerpräsident Armin Laschet war mit den Oberbürgermeistern der beteiligten Kommunen diese Woche in Berlin, um auf die mögliche Bewerbung aufmerksam zu machen. Finanziell sind schon die Bewerbungen, aber erst recht die Umsetzung ein enormer Kraftakt. Aber die Spielstätten können auch wegweisende Impulse für Jahrzehnte bieten – und somit auch unserer Region guttun. Das Olympiastadion in München von 1972 wird noch heute intensiv genutzt und auch das Berliner Olympiastadion von 1936 findet stets für Weltmeisterschaften und diverse sonstige Veranstaltung rege Verwendung. Neben dem Spitzensport, soll vor allem auch der Breitensport vor Ort profitieren: durch moderne Infrastruktur, dezentrale Trainingsgelände und neue Sportstätten. Nur so – da bin ich überzeugt – werden auch die Bürgerinnen und Bürger die Idee einer Bewerbung positiv mittragen.

Olympische Spiele 2032 – eine vielversprechende Perspektive für unsere Region, die ich gern unterstütze – wenn die Finanzierung geklärt, unsere Region nachhaltig davon profitieren kann und das Projekt von der Bevölkerung vor Ort unterstützt wird. Liebe Leserinnen und Leser, was halten Sie von der Idee? Lassen Sie mich gern Ihre Meinung wissen. Wir sollten die Entwicklung des Projekts aufmerksam verfolgen. Wenn das Projekt sich weiter konkretisiert hat, würde ich Sie gern gemeinsam mit dem Kreissportbund des Rheinisch-Bergischen Kreises einladen, um das Projekt vorzustellen und gemeinsam zu bewerten.



Übergabe der Tasche des Fluchtpunktes Kürten an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Mit der Delegation des Finanzausschusses in Washington vor dem Lincoln Memorial



Gemeinsam mit meinem Kollegen des Oberbergischen Kreises Dr. Carsten Brodesser im Lincoln Memorial

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: www.tebroke-rbk.de/